

BERICHT EINER BFS-DISKUSSION ZUR VOLKSABSTIMMUNG

Über die Volksabstimmung sind einige von uns deshalb nicht glücklich weil die Gefahr besteht, daß angesichts des parteipolitischen Hick-Hacks, die Initiierung von inhaltlichen Auseinandersetzungen über AKWs auf verlorenen Boden stehe. Gegenüber der zu erwartenden Pro-AKW-Welle der Regierung, der Sozialpartner, der SPÖ und der Elektrizitätswirtschaft müßten wir den Kürzeren ziehen und die Regierung würde das als Blankoscheck für den Ausbau des 2. und 3. AKWs auslegen.

Im Gegensatz dazu wurde von anderen die Einschätzung vertreten, daß die gegenwärtige Stellung der Parteien die Fronten zwar in eine ungute Richtung verschieben, aber ebenso wichtig sei die Feststellung, daß die Taktiererei das Produkt eines tiefen Unbehagens innerhalb der Bevölkerung sei. Trotz der zu erwartenden Propagandaschwemme für AKWs biete die Volksabstimmung den AKW-Gegnern eine bis jetzt nicht vorhandene Möglichkeit, ihre Argumente einen breiten Kreis zur Diskussion zu stellen. Auch wenn wir bei der Abstimmung den Kürzeren ziehen sollten, wäre die Anti-AKW-Bewegung in der Bevölkerung dann tiefer verwurzelt als dies jetzt der Fall ist.

Man einigte sich die Position der "Initiative Gewerkschafter gegen AKWs" zu vertreten, d. h. im Rahmen der Kampagne zur Volksabstimmung neben dem Nein zu Zwentendorf ein zweijähriges Moratorium (2jährige Aussetzung der Entscheidung) zu propagieren.

Innerhalb der Kampagne soll die Angstparole nicht zu sehr strapaziert werden (geschichtl. Erfahrung: spielt den Rechten in die Hände). Da innerhalb der Anti-AKW-Bewegung so und so ein Teil der Gruppen die gesundheitlichen Risiken in den Vordergrund ihrer Aktivitäten stellen werden, sei es für uns zielführend die politischen, sozialen und ökonomischen Gesichtspunkte der AKW-Frage zu betonen (auf der Linie von Prager, Blau und Jungk).

Die äußerst verschiedenartige Zusammensetzung der Anti-AKW-Bewegung sei nicht so sehr als Zeichen ihrer Verworrenheit einzuschätzen, sondern als eine Chance zu neuartigen Bündnissen zwischen Umweltschützern, linken Sozialisten, linken Christen, radikalen Linken und ideologisch "Nichtfestgelegten". Rechte und prinzipiell Technikfeindliche sind in Anti-AKW-Bewegung zwar präsent, doch prägen sie bestimmt nicht das Bild von ihr.

Viel gefährlicher ist die Demagogie der ÖVP und FPÖ, die es leider einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Arbeitern und Angestellten leichter machen wird sich nicht kritisch mit AKWs auseinanderzusetzen, um so nicht in das Fahrwasser der bürgerlichen Parteien zu geraten. So müssen wir zunächst die Doppelmoral der ÖVP aufzeigen (ja zum Atomstrom, aber die Regierung soll das Risiko allein tragen). Gegenüber der SPÖ wird es vor allem darauf ankommen, zu zeigen, daß die Versprechungen im Zusammenhang mit AKWs (Sichern der Vollbeschäftigung, weniger Auslandsabhängigkeit, technologischer Fortschritt, umweltfreundliche und billige Energieform) langfristig falsch und kurzfristig auch sehr zweifelhaft ist. Wir werden uns an den berühmten "10 Gründen für den Atomstrom" des ÖGB abrackern müssen.

Unser Ziel ist es vor allem innerhalb der Arbeiter- u. Angestelltenschaft Diskussionsanstoß zu bieten. Wir werden unsere Aktivitäten im Rahmen der "Initiative Gewerkschafter gegen AKWs" setzen. Sie wird primär von Mitgliedern der JG, Linkskatholiken, GELern und org. unabhängigen Linken getragen. Sie sprengt das Klischee, daß ein AKW-Gegner entweder ein konservativer Umweltschützer oder ein radikaler Linker zu sein habe.

Wir haben uns vorgenommen verstärkt an den "Basisaktivitäten" der Initiative.... teilzunehmen. Es werden Kleinveranstaltungen in Betrieben versucht werden, auf Straßen sollen mit Musik- u. Theaterunterstützung Diskussionsrunden veranstaltet werden, Leserbriefaktionen überlegt werden, ein Informationsbulletin herausgegeben werden, engere Kontakte mit der Gewerkschaftsjugend, der SJ, kritischen Wissenschaftlern, konfessionellen Gruppen hergestellt werden..... Die Initiative.. hat in Broschürenform eine Kritik an der ÖGB-Haltung zu AKWs ausgearbeitet, sie entwarf diverse Flugblätter, die in Betrieb und Gewerkschaft eine Argumentationshilfe sein können, sie kann Referenten zur Verfügung stellen.

Es wurde eine Gruppe eingerichtet, die sich mit der Ausweitung solcher Basisaktivitäten beschäftigen soll. Sie trifft sich am

MITTWOCH, 19.7. um 18^h in BELVEDEREG! 10

Nähere Informationen über Mitarbeitmöglichkeiten geben:

Walter Lauber: 02243-70-364 (65-46-56)
Gerhard Burda: 33-83-374 od. 73-46-82 od. 23-59-024
Kurt Winterstein: 26-27-772

ARBEITSGRUPPE "PUBLIKATIONEN"

Mit der leider üblichen Verspätung setzten sich 11 Interessenten zusammen. Es wurde über den Ablauf der Diskussion in der Arbeitsgruppe gesprochen und die hierfür zu leistenden Vorarbeiten aufgeteilt.

Nicht alle waren der Meinung, daß eine Analyse der Funktion anderer Zeitungen und der derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Situation unserer Publikationen notwendig ist. Es wurde vorgeschlagen, sofort zu den Überlegungen über neue und bessere inhaltliche und formale Produktionsgegebenheiten, sowie deren Realisierungen zu schreiten. Nachdem aber bereits in diesem Gespräch herauskam, daß sehr unterschiedliche Einschätzungen über unsere Publikationen vorhanden sind, hat sich die Mehrzahl der Anwesenden, wenn auch für eine geraffte Form, der Analyse ausgesprochen. Nochdazu, wo dies bei den bisherigen Diskussionen nicht getan wurde.

Zur Erleichterung der folgenden Diskussionen werden schriftliche Grundlagen zu

Funktion diverser Zeitungen

Leserstruktur, Abo- und Verkaufsbewegung

Beschlossene Konzepte und deren Ergebnisse

geschaffen. Für deren Erstellung haben sich Roman, Hermann und Olga, mit Unterstützung anderer, bereit erklärt.

Der nächste Abend, bei dem obige Unterlagen bereits vorliegen sollen, findet statt am

Dienstag, 1. August 1978, 19 Uhr (pünktlich)

in 1090 Wien, Porzellangasse 33a.

Es sind alle herzlich eingeladen.

Hermann/Olga